**A N T R A G**

**der Abg. Dr. Stephanie Rose, Sabine Boeddinghaus, Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und (Fraktion DIE LINKE)**

**Betr.: Schnelle Hilfe für Internationale Studierende und Wissenschaftler:innen aus den Kriegsgebieten!**

In Kriegs- und Krisenzeiten ist die Wissenschaft eine Möglichkeit den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Völkern aufrechtzuerhalten. Wissenschaft ist universal, grenzübergreifend und völkerverbindend. Als LINKE treten wir dafür ein, dass der friedliche internationale wissenschaftliche Austausch sowohl von Studierenden als auch von Forschenden und Lehrenden gerade jetzt weiter aufrechterhalten und ausgebaut wird.

Unsere Solidarität gilt den Menschen in den betroffenen Gebieten und an den Hochschulen. Wir fordern, dass jetzt in Hamburg die konkrete Hilfe für alle geflüchteten Studierenden und Wissenschaftler:innen verbessert und das die internationale Kooperation mit kritischen Wissenschaftler:innen gestärkt wird.

Mit dem Krieg in der Ukraine kommen gerade vermehrt geflüchtete Studierende nach Hamburg. Darunter befinden sich internationale Studierende, die drittstaatsangehörig oder staatenlos sind. Viele von ihnen haben in der Ukraine studiert, da sie in ihrem Heimatland aufgrund der politischen Verhältnisse oder der zu hohen Kosten für ein Studium nicht studieren können.Ihnen drohen Nachteile, da ihre Papiere durch die Bombardierung ihrer Wohnorte oder auf der Flucht verloren gegangen sind und die folglich ihren nach ukrainischem Recht erteilten Aufenthaltstitel nicht nachweisen können. Viele dieser internationalen geflüchteten Studierenden aus der Ukraine beklagen Doppelstandards im Umgang mit ihnen und Geflüchteten mit ukrainischer Staatsangehörigkeit und haben zurzeit keine sichere Perspektive für ein Studium in Deutschland.

Mit diesem Antrag schließt sich die Linksfraktion Hamburg den Forderungen des *Bundesverband ausländischer Studierender*[[1]](#footnote-1) und des *Hochschullehrerbundes[[2]](#footnote-2)* für eine sichere Perspektive geflüchteter internationaler Studierender und Wissenschafter:innen aus der Ukraine an.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. In Zusammenarbeit mit den Hamburger Hochschulen, Studierendenwerken und den Studierendenvertretungen sicherzustellen und zu ermöglichen, dass
	1. schnell und unbürokratisch Stipendien, Unterkünfte, soziale und Seelsorgeleistungen für alle aus Kriegsgebieten geflüchteten Studierenden und Wissenschaftler:innen bereitgestellt werden,
	2. Immatrikulationsbedingungen für alle geflüchteten Studierenden aus Kriegsgebieten erleichtert werden und fluchtbedingt unvollständige Unterlagen und Nachweise unbürokratisch anerkannt werden.
	3. zusätzliche Gastwissenschaftler:innenstellen für geflüchtete Wissenschaftler:innen aus Kriegsgebieten geschaffen werden,
	4. alle geflüchteten Studierenden aus Kriegsgebieten, deren hochschulqualifizierender Schulabschluss durch den Krieg unterbrochen wurde, trotzdem ein Studium in Hamburg aufnehmen können.
2. Besonders in Hinblick auf die Folgen des Ukraine Krieges und der Situation geflüchteter Studierende aus der Ukraine, darauf hinzuwirken,
	1. dass so schnell wie möglich zusätzliche Sprachkurse für die deutsche Sprache an den Hochschulen für alle internationalen Studierenden aus der Ukraine eingerichtet bzw. bestehende Sprachkurse für diese geöffnet werden.
	2. dass Geflüchtete, die in der Endphase ihres Studiums nach Hamburg gekommen sind, dieses unkompliziert und auch auf Englisch oder der jeweiligen Sprache, auf der sie studiert haben, zu beenden,
	3. dass der studienbedingte Aufenthaltsstatus russischer ausländischer Studierender und Wissenschaftler:innen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zum Gegenstand von Sanktionsmechanismen wird.

3. Für die genannten Punkte finanzielle Mittel in ausreichender Höhe bereitzustellen.

1. Siehe https://bas-ev.de/solidaritaet-jetzt-internationale-studierende-aus-der-ukraine-brauchen-perspektive-auf-fortsetzung-ihres-studiums-in-deutschland-und-der-eu/ [↑](#footnote-ref-1)
2. Siehe https://www.hlb.de/fileadmin/hlb-global/downloads/pressemitteilungen/2022-02-25\_PM\_hlb\_fordert\_Unterstuetzung\_v.\_Studierenden\_\_Wissenschaftl.\_aus\_den\_Kriegsgebieten.pdf [↑](#footnote-ref-2)